

Kontinuitäten und Brüche im Niedergang der Dollar-zentrierten Weltakkumulation

Betrachten wir, bevor wir uns der Klassendynamik der gegenwärtigen Weltwirtschaftslage zuwenden, die – durchaus realen – sichtbaren Oberflächenerscheinungen der Krise.

Wir befinden uns noch in der frühen Phase eines inflationären Ausbruchs, der vom verschuldeten »US-Konsumenten« als »Lokomotive« der Weltwirtschaft ausgeht. Ein inflationärer Ausbruch bedeutet, dass die US-Regierung die »Notenpresse« anwirft und die Volkswirtschaft mit Bargeld überschwemmt, wie es der neue Chef der US-Notenbank *Fed* (und damalige Governor derselben) Benjamin Bernanke schon in seiner berüchtigten Rede im November 2002 vorschlug. Die Haupttendenz im Weltmaßstab ist seit einiger Zeit deflationär. Dahinter stehen steigende Produktivität und sinkende Reallöhne. In einer derartigen Situation und besonders heute nach über 20 Jahren massiven Schuldenaufbaus dient eine Inflation aus amerikanischer Sicht zwei Zielen: Sie verteilt den Reichtum zwischen den Klassen um (wie Keynes schon vor langer Zeit beobachtete, reagieren die ArbeiterInnen nicht so schnell auf eine Lohnsenkung durch Inflation wie auf eine direkte Senkung des Nominallohns), und sie wertet die ausländischen Dollarbestände ab, die letztlich nichts anderes sind als Schulden des amerikanischen Staats. Für die Kapitalisten rückt diese Umverteilung den Besitz von Realvermögen (Produktionsmittel, Immobilien, Gold) als wichtigste »Aufbewahrungsform des Reichtums« in den Vordergrund, und alles Papiervermögen, angefangen beim Geld bis hin zu Aktien, Anleihen usw. wird verdächtig.

Alle weltwirtschaftlichen Indikatoren deuten heute auf einen durch Reflation [1] angetriebenen Boom hin, der letztlich auf die Kreditausweitung in den USA zurückgeht und sich über die unglaublich hohen Zahlungsbilanzdefizite der USA auf die ganze Welt ausgedehnt hat. Wenn dieses weltweite Pyramidensystem zusammenbricht, dann gehen die asiatischen Exportriesen (Japan, Korea und China) zusammen mit den USA den Bach runter, genau wie die rohstoffproduzierenden Länder der Dritten Welt (z.B. Lateinamerika), die momentan einen Boom durch ihre Exporte nach Asien, vor allem nach China, erleben.

Mehrere Parallelen mit der Situation kurz vor dem inflationären Schub von 1973-79 stehen ins Auge:

- Feststecken der USA in einem unpopulären Krieg, den sie verlieren (damals Vietnam, heute Irak);
- eine skandalgeschüttelte, scheiternde republikanische Regierung (damals Nixon, heute Bush);
- rasant steigende Rohstoffpreise, allen voran Gold und Öl;
- eine anhaltende »Boom«-Mentalität im US-Mainstream (der *Dow Jones* Index erreichte Ende April die Spitzenwerte von Anfang 2000, kurz vor dem dot.com crash; tatsächlich sind die US-Aktien auf sechs Jahre gerechnet kein bisschen gestiegen, sondern sogar

gesunken, wenn man die Inflation einrechnet). Die Gesundschumpfung der weltweiten Aktienmärkte im Gefolge der Flucht aus den sogenannten *emerging markets* (Brasilien, Russland, Indien) war das erste Zittern einer Reaktion auf die sich beschleunigende Inflation in den USA, nämlich der Flucht in »sichere Häfen«. Vorerst richten sich alle Augen auf die *Fed*, die Ende Juni wieder zusammentritt und – anders als noch vor wenigen Monaten erwartet – wahrscheinlich gezwungen sein wird, die US-Zinsen zu erhöhen. Das bedeutet weltweit das Ende von fünf Jahren extrem billiger Kredite;

- eine unglaubliche Anhäufung von privaten (und allen möglichen anderen) Schulden in den USA;
- ein schwankender Dollarkurs und ein wachsendes Unbehagen bei den internationalen Gläubigern der USA, die o.g. Anhäufung ermöglicht haben.

Diese Parallelen sind nicht einfach empirische Zufälle, sondern verweisen auf eine »unveränderliche Größe« in der Weltakkumulation seit den späten 1950er Jahren, als der weltweite Dollarstandard erstmals zu bröckeln begann. Per Definition hat jede »Expansion« der USA seit 1958 zu einem Niedergang ihrer internationalen Position geführt und war überhaupt erst möglich durch einen derartigen Niedergang. (Michael Hudson nennt das in seinem hervorragenden Buch *Super-Imperialismus* »Das Imperium durch Bankrott managen«).

Schon ein kurzer Blick auf die ökonomischen Basisdaten zeigt, dass sich diese Erosion unvermindert fortgesetzt hat. Ende 2005 beliefen sich die ausstehenden Schulden (des Bundes, der Staaten, der Gemeinden, der Unternehmen und Privatleute) innerhalb der US-Ökonomie auf 33 Billionen Dollar, das Dreifache des Bruttoinlandsproduktes. (Niemand weiß, wieviel in internationalen Hedge Fonds und Derivaten angelegt ist, und bei den geschätzten 7 bis 8 Billionen Dollar Schulden des Bundes sind die Billionen an Verpflichtungen für Sozial- und Krankenversicherung noch nicht eingerechnet.) Auch wenn die Neoliberalen seit 30 Jahren über die Verringerung der Rolle des Staates schwadronieren, konsumiert dieser (auf Bundes-, Staats- und Lokalebene) immer noch 40 Prozent des BIP. Da die Staatsschuld, wie Marx im dritten Band des *Kapital* zeigte, »rein fiktiv« ist, wird klarer, wie zentral der Staat ist, wenn es darum geht, die bestehenden Kapitalwerte vor übermäßiger Entwertung zu bewahren. Die Netto-Auslandsschulden der USA betragen zwischen 3 und 4 Billionen Dollar (mindestens 11 Billionen Dollar in ausländischen Händen minus 8 Billionen Dollar amerikanisches Vermögen im Ausland), d.h. sie sind (bei 30% des BIP) vergleichbar mit der Situation krisengeschüttelter Länder der Dritten Welt. Sie wachsen gegenwärtig um 800 Milliarden Dollar pro Jahr. Ende 2005 haben die ausländischen Erträge aus Investitionen in den USA die Erträge aus US-Investitionen im Ausland (der letzte stabile Pfeiler der internationalen Position der USA) zum ersten Mal überstiegen, was ein schlechtes Zeichen ist. Ausländer halten einen wachsenden Anteil an den Schulden der US-Regierung; allein die vier großen asiatischen Zentralbanken (Japan, China, Südkorea und Taiwan) halten fast 2 Billionen Dollar. Bei den gegenwärtigen hohen Ölpreisen wollen die großen Ölproduzenten (der Mittlere Osten, Venezuela und Russland) zunehmend den Dollar loswerden und haben entweder schon

»diversifiziert« oder drohen mit einer »Diversifizierung« aus dem Dollar heraus und hinein in Gold oder den Euro. Die Reflationspolitik der Amerikanischen Notenbank wird nur möglich durch die Schulden der Bundesregierung, d.h. durch diese ausländischen Kredite. Seit den frühen 1980er Jahren wurde ein »Finanzarbitragekapitalismus« etabliert, in dem Investitionen zunehmend in verschiedene Finanzinstrumente statt in die Produktion fließen. Damit ist das alte Konzept der Rolle des Bankensystems und die (scheinbare) Fähigkeit der Fed, darüber die Verfügbarkeit von Krediten auszuweiten oder zu verknappen, überholt; durch »Security-basiertes Finanzkapital« wird immer mehr »virtueller« Kredit geschaffen; wichtig ist auch die Rolle der staatlichen Hypothekenbanken (Freddie Mac, Fannie Mae), die in den letzten vier Jahren die Reflation von Hypotheken unterstützt und damit eine unglaubliche Blase am Immobilienmarkt verursacht hat. Dieses ganze Gebäude stützt sich bisher erstens auf die niedrige Inflation in den USA, da eine höhere Inflation ausländische Kreditgeber abschrecken würde, zweitens auf die Bereitschaft der US-»Konsumenten«, sich immer höher zu verschulden (sodass heute 14 Prozent der Einkommen für den Schuldendienst draufgehen, während es vor ein paar Jahren noch 11 Prozent waren), und drittens auf die Bereitschaft, die Fähigkeit und vor allem den Bedarf von Ausländern, die Zahlungsbilanzdefizite der USA immer wieder an diese zurückzuleihen, damit die immer höher verschuldeten US-»Konsumenten« die »Lokomotive« der Weltwirtschaft sein können.

Einem immer höher verschuldeten Schuldner ständig neues Geld zu leihen, um dessen Bankrott hinaus zu zögern, entspricht genau der Definition eines »Pyramidensystems«, zu dem die Weltakkumulation geworden ist.

Natürlich gibt es wichtige Unterschiede zu den frühen 1970er Jahren. Die US-Strategie fremdkapitalfinanzierter Unternehmensaufkäufe in vormals geschützten oder halbgeschützten Regionen (der frühere Sowjetblock, China, Indien, Ostasien, Europa) ist heute viel weiter entwickelt und macht über zwei Milliarden Menschen zum Teil einer weltweiten Arbeitskraft, die immer weniger durch nationale Schranken vor Plünderungen geschützt wird. Mit der Beschleunigung von Auslagerungen aus den USA und Europa in diese neuen Gebiete (China, Indien, Osteuropa) führt das zu massiven Lohnsenkungen.

Die frühen 1970er Jahre waren die finale Phase der letzten weltweiten Mobilisierung der Arbeiterklasse, und die gesamte Phase nach 1973 muss als bewusste Gegenoffensive dagegen verstanden werden. Die globale Arbeiterklasse hat fast drei Jahrzehnte gebraucht, um auf dem neuen Terrain des Neoliberalismus offensiv kämpfen zu lernen. Die neue Welle von Kämpfen begann mit dem Streik bei UPS in den USA 1997 und den Antiglobalisierungs-Riots in Seattle 1999, gegen die der 11. September als wichtiger Wendepunkt des kapitalistischen, vor allem des amerikanischen Gegenangriffs steht. Diese Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse zeigte sich dann auch in einer spürbaren Streikwelle in Westeuropa und zuletzt in der Mobilisierung der Latino-Arbeiterklasse in den USA für ImmigrantInnenrechte am 1. Mai.

Die Gegenwart unterscheidet sich von den 1970er Jahren auch durch die lange Phase der »Vermögensinflation«, womit gemeint ist, dass billige Kredite sich stärker auf die Preise von Immobilien, Aktien und Anleihen als auf Verbraucherpreise ausgewirkt haben. Die chinesischen Exporte wirken weltweit deflationär, was diese »Vermögensinflation« möglich gemacht hat. Aber die Löhne in Shenzhen und der Provinz Guangdong steigen rasant, um ArbeiterInnen anzulocken (mittlerweile wurde China als Spitzenreiter bei den Niedriglöhnen in der Dritten Welt von Bangladesch abgelöst); außerdem lässt der unerbittliche Boom in China mit seinem scheinbar unendlichen Bedarf an Rohstoffen die Preise aller Waren steigen und weitet damit den Boom auf Lateinamerika und die ölproduzierenden Länder Afrikas aus. Während ich dies schreibe, ist nach Jahren einer triumphalistischen »Preisstabilität« auf der Basis von Lohnzurückhaltung die Inflation in der US-Binnenwirtschaft, angefangen bei den Benzinpreisen, ins Zentrum der Debatte gerückt.

Last but not least darf man nicht die geopolitischen Veränderungen, allen voran die schwelende Irankrise, vergessen, eine von mehreren Dimensionen, die das oben Gesagte aus einer rein wirtschaftlichen Fragestellung herausheben.

Ein denkbarer Gegenentwurf zum oben beschriebenen Szenario wäre, dass das bereits laufende Absacken des US-Immobilienmarkts die USA (und durch ein Abreißen der US-Nachfrage, die ganze Welt) schneller als erwartet in einen deflationären Zusammenbruch stürzt. Meines Erachtens wird die Fed dies nicht geschehen lassen, ohne zuerst mit dem von Bernanke angedachten »Hubschrauber-Geld« alles Menschenmögliche für eine Reflation zu tun (interessanterweise stellte die Fed im März 2006 die Veröffentlichung der Geldmenge m^3 ein, was als weiteste Definition der Gesamtgeldmenge verstanden werden kann, höchstwahrscheinlich um zu vertuschen, dass sie die Notenpresse angeworfen hatte). Die Fed ist natürlich nicht allmächtig, und es gäbe eine riesige Flucht aus dem Dollar, was einen rapiden Anstieg der Zinsen in den USA auslösen würde, was wiederum zusätzlich zum Platzen der Immobilienblase beitragen würde. Im Moment können die Kapitalisten nur die Schuldenpyramide immer höher bauen und ihre Angriffe auf die Arbeiterklasse verstärken.

Was ist ein »global leveraged buyout« (eine weltweite fremdkapitalfinanzierte Übernahme)? Die Akkumulation ist bedroht, weil die Gesamtheit der papierenen Ansprüche der Kapitalisten auf Vermögen (Profit, Zinsen und Grundrente), angefangen mit den 11 bis 12 Billionen »Nomaden-Dollars«, die außerhalb der USA gehalten werden, den Mehrwert übersteigt, der für ihre Verwertung zur Verfügung steht. Dieser Überschuss fiktiver Ansprüche ist, wie oben skizziert, das Ergebnis eines jahrzehntelangen Schuldenpyramidenbaus mit dem Ziel, eine deflationäre Krise zu verzögern, und lässt sich nur aufrecht erhalten durch die Senkung des globalen Lohns und »ursprüngliche Akkumulation« (Nicht-Reproduktion oder Nicht-Tausch) aus der Einverleibung von landwirtschaftlichen Kleinproduzenten aus der Dritten Welt in die globale Arbeiterklasse, aus dem Verschleiß von Anlagenkapital und Infrastruktur und aus der Plünderung der

Natur. Er unterscheidet sich deutlich von der vorangegangenen, »normalen« kapitalistischen Expansion, bei der diese Ansprüche zusammen mit der sozialen Reproduktion wuchsen. Heute wachsen die papierenen Ansprüche des Kapitals, und die soziale Reproduktion schrumpft.

Mit weltweiten fremdkapitalfinanzierten Übernahmen ist gemeint, dass seit 1973 nationale oder regionale Zonen mit Vermögenswerten für die Kreditblase mit Zentrum in den USA geöffnet wurden, ganz ähnlich wie die deutsche militärische Expansion nach 1938 die 1933-38 durch Hjalmar Schachts Mefo-Wechsel (Anleihen der Metallforschungsgesellschaft zur Finanzierung der deutschen Wiederbewaffnung) aufgetürmte Kreditpyramide stützen sollte.

Während der asiatischen Finanzkrise von 1997-98 zum Beispiel öffnete das amerikanische Kapital mit Hilfe IWF relativ geschlossene asiatische Ökonomien wie Korea für die Übernahme stark verbilligten Realvermögens durch »Heuschrecken«, um es später umzustrukturieren und mit dickem Gewinn weiterzuverkaufen. Die Öffnung des ehemaligen Sowjetblocks, Chinas und Indiens eröffnet ungeheure Möglichkeiten für fremdkapitalfinanzierte Übernahmen. Die Ausbeutung einer gut ausgebildeten und billigen Arbeitskraft und der natürlichen Rohstoffe könnte diesen Prozess für Jahre am Laufen halten. Hinter diesen empirischen Erscheinungsformen sehen wir den klassischen Zyklus von Aufwertung, Entwertung und erneuter Aufwertung, wie er im dritten Band von Marx' *Kapital* beschrieben wird.

Zwei große Mächte, die EU und China, stellen Hindernisse für die amerikanische Strategie weltweiter fremdkapitalfinanzierter Übernahmen dar. Beide sind verwundbar durch die gegenwärtige amerikanische Dominanz über die globalen Erdölressourcen und fordern die USA im weltweiten Wettlauf um deren Kontrolle immer mehr heraus, von Uneinigheiten über den Umgang mit dem Iran bis zur Konkurrenz um neue Ölquellen in Afrika.

Europa ist weit davon entfernt, es mit den USA aufnehmen zu können. Da das Kapital nicht bloß ein ökonomisches und soziales, sondern auch ein militärisches und politisches Verhältnis ist, hat die Geschichte gezeigt, dass eine Währungs- und Wirtschaftseinheit ohne politische Vereinigung nicht möglich ist, und die politische Vereinigung Europas sieht zur Zeit aus wie eine Totgeburt.

Betrachten wir die Konkurrenz des Euro mit dem Dollar als internationale Reservewährung. Europas weltweite Handels- und Währungsbilanz hat zwar anders als die USA kein Auslandsverschuldungsproblem, aber eine weltweite Flucht aus dem Dollar würde den Euro stark aufwerten und Europas internationale Konkurrenzfähigkeit schwer belasten. (Dies alarmierte die europäischen Kapitalisten schon nach 2002, als der Euro innerhalb von 18 Monaten um 40 Prozent auf 1,25 Dollar anstieg.) Aber dieses Problem würde verblassen im Vergleich zu einer größeren Krise im Nahen Osten, die den europäischen Zugang zum Öl bedrohte, ganz zu schweigen von einer militärischen Konfrontation (die Jugoslawienkriege waren nur ein Vorgeschmack), die das Chaos in der

europäischen Außen- und Militärpolitik offenlegte.

Das wirkliche Problem für die Welthegemonie der USA ist China, wie neue Studien der CIA offen zugeben. Manchmal scheint es, als habe die gesamte Außenpolitik der USA mindestens seit dem Ende der 1970er Jahre (z.B. Afghanistan) auf die Kontrolle der Peripherie Russlands und Chinas abgezielt, und seit dem Zusammenbruch des Sowjetblocks auf die Einkreisung Chinas. Das Entstehen eines ostasiatischen Blocks, der die USA als Welthegemon ablösen könnte, ist der Alptraum des amerikanischen Kapitals. China ist im Gegensatz zur Europäischen Union noch zu geschützt für den Geschmack der Kapitalisten, und »fremdkapitalfinanzierte Übernahmen« befinden sich noch in der Frühphase. Die asiatischen Nationalismen (China, Korea, Japan) und die schwelenden Fragen des Kalten Krieges (Taiwan, die Teilung Koreas) sind immer noch große Hindernisse für jede Art von »Asiatischer Union«, und die USA tun alles, um diese Feuer zu schüren und die Entstehung einer solchen Union zu verhindern.

In Japan und Deutschland, den bisher weniger sichtbaren »Lokomotiven« Europas bzw. Ostasiens, die kürzlich durch den Euro und den Aufstieg Chinas verdrängt worden sind, herrscht in der sich gegenwärtig beschleunigenden globalen Reflation die höchste »kapitalistische Zuversicht« seit 15 Jahren. Aber beide Länder sind extrem anfällig gegenüber den steigenden internationalen Zinsen, die zur Kontrolle der zurückkehrenden Inflation nötig sind, und gegenüber der oben erwähnten Währungsaufwertung. Anfang Mai vermied die Europäische Zentralbank eine Anhebung der Zinsen, um eine derartige Aufwertung zu verhindern und die Zeichen des Aufschwungs nicht zu ersticken, vor allem in Deutschland.

Auch zeigen sich in beiden Ländern (besonders in Japan) Anzeichen der »demographischen Krise«, von der die kapitalistische Presse im Zusammenhang mit dem einsetzenden Bankrott der Rentensysteme ständig spricht. Das Geschrei der Kapitalisten um diese Krise könnte heuchlerischer nicht sein. Es gibt sie im Rahmen des Kapitalismus nur, weil die Restrukturierungen der letzten 30 Jahre die »aktive Bevölkerung« (d.h. den Teil der Bevölkerung, der Mehrwert produzieren kann) auf Menschen zwischen 25 und 50 Jahren verengt hat. Frankreich zum Beispiel hat in den letzten Jahren die ganze Bandbreite von Kämpfen ausgeschlossener oder potentiell ausgeschlossener Gruppen gegen diese Verengung erlebt: Die Angestellten des Öffentlichen Dienstes gingen wegen ihrer Renten auf die Straße (Mai/Juni 2003), junge ImmigrantInnen randalierten gegen ihren totalen Ausschluss und ihre Kriminalisierung (November 2005), und kürzlich streikten die StudentInnen zwei Monate lang (März/April 2006), um die Abschaffung des Kündigungsschutzes für junge Leute zu verhindern. Die RentnerInnen, die nicht Vermittelbaren und diejenigen, denen die Ausbeutung unmittelbar bevorsteht, sind alle in Bewegung gekommen, während die mehrwertproduzierende Bevölkerung, die Gruppe mit der größten Macht, sich dem Kapital zu widersetzen, sich größtenteils nicht bewegt hat.

Eine »demographische Krise« gibt es nur wegen der Anforderungen der kapitalistischen

Verwertung. Sie ist ein Ausdruck der Tatsache, dass es heute Produktivkräfte gibt, die eine höhere Form der Gesellschaft möglich machen, indem sie die gesellschaftlich notwendige Arbeit verringern und die übrige notwendige Arbeit verwandeln in die »Entwicklung der reichen Individualität, die ebenso allseitig in ihrer Produktion als Konsumtion ist und deren Arbeit daher auch nicht mehr als Arbeit, sondern als volle Entwicklung der Tätigkeit selbst erscheint ...« (Marx: *Grundrisse* S. 245).

Zudem spiegelt die »demographische Krise« in Europa und Japan den tatsächlichen Bevölkerungsrückgang (Japan hatte im Jahr 2005 ein negatives Bevölkerungswachstum, Deutschland näherte sich dem Nullwachstum), der auf die – im kapitalistischen Sinne – stark gestiegenen Kosten für die Reproduktion der nächsten Generation zurückgeht.

Letztlich gibt es im Weltmaßstab überhaupt keine »demographische Krise«. Eine solche gibt es nur aufgrund des Fortbestands der Wertproduktion und des Nationalstaats. Die in den frühen 1970er Jahren einsetzende Krise im entwickeltsten kapitalistischen Sektor hat eine auf das Kapital zugeschnittene alternde Bevölkerung produziert, und dieselbe Krise hat in der weniger entwickelten Welt eine riesige junge Bevölkerung geschaffen (z.B. unter armen Bauern, wo eine große Familie für die Alten, die keine Renten haben, unerlässlich ist). Diese sich ergänzenden Ungleichgewichte sind lediglich zwei Seiten derselben Medaille, der Krise der Neuzusammensetzung des Kapitals für eine mögliche neue Expansion.

Das führt uns zur letzten Dimension der Analyse. Warum musste das Kapital seit den frühen 1970er Jahren auf eine derartige fiktive Entwicklung zurückgreifen und (zumindest in den USA) einen derartigen Klassenkampf beginnen, in dem nur eine Seite kämpfte?

Die Krise in den frühen 1970er Jahren brach wie erwähnt am Ende einer Phase eines sich ausweitenden Aufstands der Arbeiterklasse aus. Hinter dem äußeren Schein drückte sie aus, dass der Wert als Form, durch die die Gesellschaft sich reproduziert, überholt ist. In der proletarischen Eruption in Europa und den USA von der Mitte der 1960er (wilde Streikbewegung in den USA und Großbritannien) über den Mai '68 in Frankreich bis in die Mitte der 1970er (Italien, Portugal, Spanien) tastete die Arbeiterklasse (ebenso wie andere soziale Schichten) nach der »volle[n] Entwicklung der Tätigkeit selbst«, die durch die bisherige Entwicklung des Kapitalismus möglich und notwendig geworden war. Die Kapitalisten wiederum mussten eine allgemeine Entwertung des Kapitals und der Arbeitskraft bewerkstelligen, damit eine neue Expansion auf profitabler Grundlage beginnen konnte. Im Gegensatz zur ersten Phase der kapitalistischen Geschichte (1815-1914) konnte dies nicht durch eine schnelle Deflation, Depression und einen anschließenden Aufschwung passieren. Die globale Gesellschaft war *zu* produktiv für die Wertform, und daher musste nicht nur kapitalistisches Papier, sondern auch tatsächliche Produktivkräfte und vor allem Arbeitskraft zerstört und zurückgedrängt werden, wie schon 1914-15, als die USA Großbritannien als Zentrum der Weltakkumulation ablösten. Das Aufkommen der neoliberalen Phase Ende der 1970er Jahre war der Versuch, durch

das oben beschriebene globale Pyramidensystem die kapitalistischen Ansprüche auf Profit, Zinsen und Grundrente vor exzessiver Abwertung zu schützen und zugleich eine kontrollierte »Bruchlandung in Zeitlupe« beim weltweiten Schleifen des Lebensstandards der Arbeiterklasse einzuleiten.

Das Ergebnis balanciert die Welt heute zwischen der US-zentrierten und der Ostasien-zentrierten Phase der kapitalistischen Expansion. Aber letztere kann nur durch eine viel größere und brutalere Marktberreinigung triumphieren, als es sie je gegeben hat. Und wie zu Beginn der letzten Marktberreinigung (1917-21), als die neue amerikanische Dominanz sich noch nicht etabliert hatte, eröffnet sie dem »alten Maulwurf« neue Möglichkeiten, in denen der Slogan »Sozialismus oder Barbarei« kein romantischer Schlachtruf, sondern zwingende Notwendigkeit sein wird.

Loren Goldner, 10.6.2006

MS

Anmerkung:

[1] Die Reflation bzw. der Versuch, einen Zusammenbruch durch die Ausweitung der Kredite aufzuhalten, läuft seit dem Dot.Com-Crash von 2000. Nachdem drei Billionen Dollar an Papierwerten in Rauch aufgegangen waren, sanken die Zinsen in den USA schnell auf ein Prozent und machten damit neuen Konsum durch die Refinanzierung von Hypotheken möglich. Ein Ökonom (Paul Krugman) sagte kürzlich, die Amerikaner hätten sich in den letzten fünf Jahren hauptsächlich für von Ausländern geliehenes Geld gegenseitig Häuser verkauft.